

## Die Raufkriegergesinnungen

Ueberschuß gegen 1913 von 228.000 auf 521.000 Mark zu steigern, den glücklichen Aktionären statt 10 Prozent Dividende diesmal 15 Prozent auszuschütten und dem persönlich haftenden Gesellschafter statt der 47.000 Mark im Vorjahre jetzt 113.000 Mark zuzuführen. Wie kam das wohl? Der Geschäftsbericht hebt ganz kläglich an: „Der Krieg hat unsere Hoffnungen, die wir mit gutem Grunde auf die erfolgreiche Entwicklung unserer überseeischen Niederlassungen setzten, vernichtet... Seit Ausbruch des Krieges sind alle Geschäfte zum völligen Stillstand gelangt... In Tsingtau... dürfte sich der uns entstandene Schade auf den Verlust unseres Geschäftes und die Entwertung des Geschäftshauses beschränken... Schlimm ist es unserer Niederlassung in Hongkong erangenen... In Südwestafrika... werden wir außer der Begehung unserer Vorräte in Lüderitzbucht nicht unerhebliche Verluste aus der durch den Krieg verursachten Zahlungsunfähigkeit vieler Ansiedler zu beklagen haben... Selbstverständlich haben auch alle sonstigen Geschäfte, die wir regelmäßig und mit erfreulich fortschreitendem Erfolg nach den übrigen deutschen Kolonien, nach Britisch-Indien und Australien machten, ein vorläufiges Ende gefunden.“ Die Schlußfolgerung, die man aus all diesen traurigen Feststellungen erwartet, ist natürlich die: Verluste, keine Einnahmen, daher keine Dividende, vielleicht sogar Defizit! Doch im zweiten Teil des Geschäftsberichtes bekommt man die erfreuliche Nachricht der Medaille zu sehen: „Einen Ausgleich für die schmerzlichen Verluste, die uns der Krieg gebracht hat und weiter bringen wird, suchten wir in der Uebernahme von Lieferungen für die Verwaltungen des Heeres und der Marine... Schon große Vertrauensaufträge wurden uns sogleich nach Ausbruch des Krieges sowohl in Wien als auch in Berlin und im Anschluß daran von zahlreichen Militärbehörden des Inlandes erteilt.“ Der „Ausgleich“ ist gelungen. „Vertrauensaufträge“ scheinen eine gute Sache für einzelne Glückliche zu sein. Karl Bödiker hat am Grabe seiner zerstörten Kolonialhoffnungen den Ueberschuß auf mehr als das Doppelte gesteigert.

Kriegsgewinne haben ferner, wenn man das noch erwähnen will, auch zahlreiche Beamte gemacht, die als Offiziere oder auch nur zum Garnisonsdienst eingezogen sind und neben ihren Offiziersgehältern meist auch den größten Teil ihrer Beamtengehälter weiter erhalten. Daß die Kriegsgewinne im allgemeinen zahlreich und bedeutend sind, sieht man daran, daß bisher 13½ Milliarden Kriegsanleihen mit Leichtigkeit untergebracht worden sind. Und wenn demnächst der Reichsschatzsekretär aufs neue die Angel auswirft, so wird er wieder zahlreiche Milliarden einheimen. Nun nehmen wir auf der anderen Seite die vielleicht nicht minder zahlreichen Leute, die durch den Krieg verarmt und bankrott geworden sind! Vielleicht gerade jene Exportfabrikanten, Handwerker, Kaufleute, Hausbesitzer, Gastwirte usw., die ins Feld gezogen sind, das Vaterland zu verteidigen, während zu Hause ihr Betrieb dem Verderben preisgegeben ist. Womöglich sind sie selbst gefallen und haben ihre Familien in Not und Elend zurückgelassen. Die dürftige Kriegsmittelnrente ist da wahrlich kein Ausgleich.

Nein, da muß wenigstens eine Steuer auf die Kriegsgewinne erfolgen und einen gewissen Ausgleich bringen. Das verlangt die einfache Gerechtigkeit. Man sollte sogar annehmen, daß, wenn jemandem, während das Volk die fabelhaftesten Anstrengungen macht und die größten Blutopfer bringt, viel Geld in den Schoß regnet, der geradezu gern zahlen müßte. Sonst paßt er wahrhaftig in die große Stimmung des Volkes nicht hinein, und müßte sich wie ein Verräter vorkommen. Die Steuer läßt sich auch verhältnismäßig leicht veranlassen. Deutschland hat seinerzeit eine Vermögenszuwachssteuer beschlossen, die kurz nach dem Kriege zum erstenmal erhoben wird, aber viel zu bescheiden ist. Für die Kriegsjahre müßte sie kräftig als Kriegsgewinnsteuer ausgestaltet werden. Am 31. Dezember 1914 hat für jene Steuer jeder sein Vermögen angeben müssen. Für die neue Steuer müßte heuer am 31. Dezember eine neue Aufnahme erfolgen. Wessen Vermögen in diesen beiden Jahren um mehr als 10.000 Kronen etwa gewachsen ist, der müßte, jagen wir, 25 Prozent davon an den Staat abführen. Am 31. Dezember 1916 wird dasselbe Verfahren wiederholt. Die Reichsvermögenszuwachssteuer hat vor zwei Jahren sehr viel Mühe und Schwierigkeiten verursacht. Man sollte annehmen, daß die neue Steuer verhältnismäßig leicht durch die Kommissionen gehen sollte — angesichts der ungeheuer viel schwereren Opfer, die draußen in den Schützengräben gebracht werden.